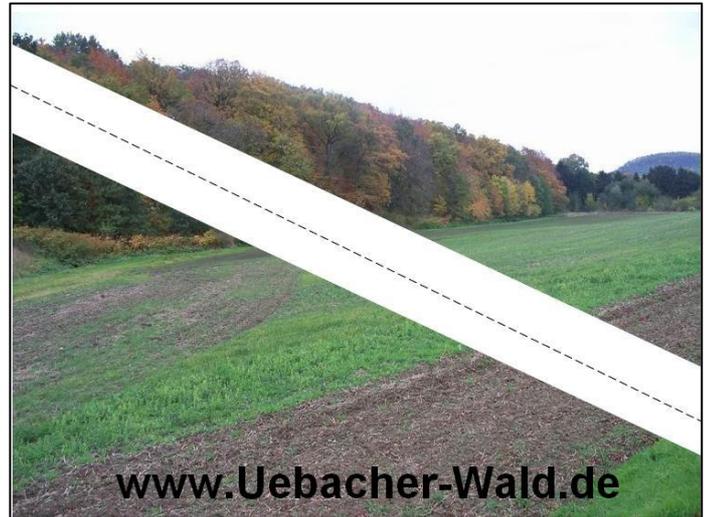


Bürgerinitiative für den Erhalt der Übacher Waldgebiete



Übach-Palenberg, im August 2009

Stellungnahme zum CDU-Bürgerinfo zur Landstraße L 240n vom Juli 2009

Die Bürgerinitiative begrüßt es, dass die CDU ihre bisher eindeutige Position für einen Weiterbau der L 240n aufgegeben hat. Noch vor ca. einem Jahr hat sich die CDU im Rat der Stadt einstimmig für die sog. „Rathaus-Trasse“ ausgesprochen und damit einen wichtigen Schritt zur Realisierung des Projekts unterstützt.

Jetzt fordert die CDU eine Bürgerversammlung und eine Bürgerbefragung zum Weiterbau der Straße und gleichzeitig, dass die Planungsbehörden bis dahin die Weiterarbeit einstellen. Wir freuen uns darüber, dass die CDU ihre bisher starre Haltung aufgegeben hat.

Gleichzeitig bleiben noch Fragen und Kritik, die wir mit dieser Stellungnahme an die CDU-Verantwortlichen richten:

1) Wie soll der geforderte Stopp der Planungen durchgesetzt werden?

Unter Punkt (4) des Antrags der CDU für die Ratssitzung am 8.9.2009 schreibt die CDU:

„4. Die Landesbetriebe NRW werden aufgefordert, bis zum Ergebnis dieser Bürgerbefragung, die Planungen für diesen Teilabschnitt ruhen zulassen.“

Für die Bürgerinitiative hat diese Forderung der CDU die höchste Priorität und sie hätte aus unserer Sicht an *erster* Stelle stehen müssen. Wenn es wirklich zu einer gründlichen und ergebnisoffenen Meinungsfindung in Übach-Palenberg kommen soll, so müssen die Planungen **sofort eingestellt** werden. Ansonsten werden Sachzwänge geschaffen, die den Planungsprozess so weit vorantreiben, dass es schließlich kein Zurück mehr gibt.

Wenn die CDU-Verantwortlichen diesen Punkt (4) wirklich ernst nehmen, so stehen ihnen schon jetzt verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung: Um ihre Glaubwürdigkeit zu dokumentieren, könnte die CDU Übach-Palenberg z.B. folgende Schritte unternehmen:

- Sie könnte sich umgehend mit ihrem CDU-Parteikollegen Lorth in Verbindung setzen. Herr Lorth ist Vorsitzender des Regionalrats beim RP Köln. Der Regionalrat ist das politische Gremium des Landes NRW, in dem über die L 240n beraten wird. Er hat uns im Schreiben vom 11.3.2009 mitgeteilt, dass demnächst das Linienbestimmungsverfahren eingeleitet werden soll. Die CDU Übach-Palenberg sollte Herrn Lorth bitten, sich für den sofortigen Stopp der Planungen einzusetzen.

- Die CDU könnte sich mit Herrn Jansen von Straßen-NRW (Außenstelle Aachen) in Verbindung setzen und ihn dazu auffordern, das Linienbestimmungsverfahren zurückzustellen.

Erst wenn diese (oder weitere) Schritte von den CDU-Verantwortlichen unternommen werden, ist glaubwürdig, dass die im Antrag gestellte Forderung nach vorläufigem Planungsstopp ernst gemeint ist und nicht nur eine unverbindliche Floskel bleibt.

2) Wie stellt sich die CDU die geforderte Bürgerversammlung und die Bürgerbefragung vor?

Die Bürgerinitiative wird sich an allen Veranstaltungen beteiligen, die der Information der Bürger- und Bürgerinnen dienen oder die deren Meinung erforscht.

Wir selbst haben diesen Weg beschritten, indem wir eine große Informationsveranstaltung am 12.3.2009 durchgeführt haben und eine Unterschriftensammlung initiiert haben, bei der innerhalb von nur 8 Wochen 5.008 Unterschriften gegen die geplante L 240n zusammengekommen sind.

Bezüglich der jetzt von der CDU vorgeschlagenen „Bürgerversammlung“ und „Bürgerbefragung“ sind noch einige Fragen zu stellen. Dazu gehören:

- Wie soll das Podium bei einer Bürgerversammlung besetzt sein? Wer leitet die Versammlung und welche „Experten“ geben Frage und Antwort?
- Welche genaue Formulierung ist für die Frage vorgesehen, die den Bürgern und Bürgerinnen zur Entscheidung vorgelegt werden soll?
- Welche Wahlbeteiligung und welche Mehrheit führen zu welcher Interpretation des Bürgerwillens?
- Wann soll die Befragung stattfinden, wer führt sie durch, wie ist sie finanziert?

Wenn wir gutgläubig sind, so können wir unterstellen, dass die CDU-Verantwortlichen diese Fragen (noch) nicht beachtet haben. Es könnte aber auch sein, dass sich die CDU mit ihren Vorschlägen zur Evaluierung des Bürgerwillens einfach über den Wahltermin retten will, ohne sich festlegen zu müssen.

Zum Vorschlag der CDU, den Bürgerwillen in Übach-Palenberg zu evaluieren stellen wir fest:

Die Bürgerinitiative ist sich sicher, dass die überwiegende Mehrheit der Übach-Palenberger Bürgerinnen und Bürger den Weiterbau der L 240n ablehnt und es gibt dafür überzeugende Belege:

- Unsere Informationsveranstaltung am 12.3.2009 war überfüllt und wir haben nur Zustimmung für unsere Aktivitäten erfahren.
- Bei der Ratssitzung am 5.5.2009 war der Sitzungssaal überfüllt von Bürgern und Bürgerinnen, die ihren Protest gegen die L 240n ausdrückten – mit Plakaten, einer Kundgebung etc. (Das WDR-Fernsehen hat darüber berichtet). Selbst der Bürgermeister begrüßte die Gegner der Straßenplanung mit dem Hinweis darauf, dass er so etwas in seiner langjährigen Amtszeit noch nicht erlebt habe.
- Unsere Unterschriftenliste wurde innerhalb von nur 4 Monaten von 5.008 Personen unterschrieben. Es sind dabei auch Unterschriften aus Herbach, aus Limburg und den angrenzenden Orten. Auch wenn diese Unterschriften nicht gezählt werden, so manifestiert sich

allein in den übrigen ein starker Bürgerwille. (Die Kopien der Listen liegen uns vor; sie können gerne bei uns eingesehen werden.) Deutlich geringere Zahlen werden an anderen Stellen (Öffnung Aachener Straße, Schwimmbad) als Manifestation des Bürgerwillens auch von der CDU akzeptiert.

Wir haben aus allen diesen Gründen keine Sorge, dass sich bei einer „Bürgerbefragung“ eine breite Mehrheit der Übach-Palenberger Bürgerinnen und Bürger gegen die Planungen zur L 240n aussprechen würde und sprechen uns nicht grundsätzlich gegen eine Bürgerbefragung aus, vorausgesetzt, dass die o.a. Punkte geklärt sind (s. Punkt (2)).

Insgesamt halten wir aber die von der CDU beantragte „Bürgerbefragung“ für überflüssig und hoffen, dass es sich nicht nur um ein Manöver handelt, um sich vor der Wahl nicht festlegen zu müssen. Immerhin konnte die CDU vor einem Jahr noch einstimmig im Rat *für* die sog. „Rathaus-Trasse“ stimmen – *ohne* vorher eine Bürgerversammlung einzuberufen oder eine „Bürgerbefragung“ vorzunehmen.

im Auftrag der Bürgerinitiative

Felix und Hermann Gendrisch
Regewidisstr. 10

Christian Knauf
Weinbergstr. 90

Klaus Reinartz
Thornstr. 58

Maria und Uwe Röhlen
Weinbergstr. 25

Markus Roesich
Rimbürger Str.

Marita Senz
Ottegrafenstr. 5

Doris Zeven
Weinbergstr. 90

und andere